

AKTUELL

ECO2050-ABSCHLUSSKONFERENZ

Chancen-Cha-Cha-Cha

Raymond Klein

Wie kann sich die luxemburgische Wirtschaft im Kontext der Bekämpfung des Klimawandels entwickeln? An den Antworten darauf wird weitergearbeitet, doch andere Fragen sind nicht minder wichtig.

Von grünem Wachstum zu schwärmen ist out, jetzt beginnt das Zeitalter des Öko-Merkantilismus. In Frankreich hat Emmanuel Macron bei seiner Erklärung zur ökologischen Transition am 25. September die „écologie compétitive“ in den Vordergrund gestellt. Tags drauf sollten bei der Abschlusskonferenz des ECO2050-Projekts die „business opportunities“ und Standortvorteile für Luxemburg im Kontext der ökologischen und sozialen Transition herausgearbeitet werden. Der konsequenteste Diskussionsbeitrag in diesem Sinne kam allerdings von der Leiterin des Projekts Pascale Junker persönlich; unterm Strich fügten die zahlreichen anderen Referate und Panels dem kaum etwas Entscheidendes hinzu. Was nicht heißen soll, dass die straff organisierte Veranstaltung von 9 bis 19 Uhr an der Uni Belval umsonst war. An vielseitigen Informationen, aber auch radikalen Denkanstößen und symptomatischen kognitiven Verzerrungen, mangelte es nicht. Und in Bezug auf die anstehenden Wahlen war die Last-Minute-Veranstaltung ebenfalls interessant.

Die Redebeiträge reichten von positiven Handlungsanleitungen für „Circularity and Sufficiency“ (Jelmer Hoogzaad) bis zu einer zynischen Warnung vor der „Exponentiellen Ära“ (Hans van der Loo). Letzterer war es auch, der die Debatte über die politische Handlungsfähigkeit von Demokratien anheizte: Man müsse die Bevölkerung in ihrem eigenen Interesse bevormunden, wie man es mit Kindern tue. Auch Gilles de Margerie, französischer Spitzenfunktionär, plädierte für mehr Durchsetzungsvermögen – was angesichts des umstrittenen Politikstils seines Präsidenten eher nachdenklich stimmt. Franz Fayot schließlich, als Wirtschaftsminister verantwortlich für ECO2050, beklagte die Art und Weise, wie die Politik unter Druck gesetzt werde, nicht nur von populistischen Strömungen, auch von Wirtschaftslobbys. Der nüchterne Stil der Veranstaltung, vergleicht man sie mit den Events von Étienne Schneider, untermauerte die Glaubwürdigkeit von Fayots Anspruch, „Politik über den nächsten Wahltermin hinaus zu machen“.

In den Debatten über die Transition steht häufig die Bifurkation im Mittelpunkt: die Möglichkeit, ein System in einen neuen Zustand zu überführen. Dazu müssen Dimensionen, wie

die wirtschaftliche, die technologische, die ökologische und die soziale zusammengedacht werden, anders als es bei der Wahlkampagne praktiziert wird (woxx 1753). Auch beim ECO2050 hatte man eher das Gefühl, im Mittelpunkt stehe die Dichotomie von Perspektiven der Profitabilität versus Notwendigkeit von Suffizienz und Systemwechsel. Mehrmals wurde die rezente Einweihung der ersten Wasserstofftankstelle erwähnt, obwohl unklar ist, ob dieser Energieträger für die Transitionen im Verkehrsbereich überhaupt eine Rolle spielen kann. Als Lösung und „business opportunity“ wurde auch die Elektrifizierung des Individualverkehrs gehypt – sie steht aber weniger für Suffizienz als für Systemerhalt. Radwege waren kaum Thema, außer dass gefragt wurde, ob die beim Lockdown eingerichteten Pop-up-Wege wie in Frankreich weiterbestünden. Die Antwort, die niemand geben wollte: In Luxemburg war nichts mit Pop-up-Wegen.

Wer braucht schon Zukunft?

Dass Luxemburg dank Technik und Humankapital auch ohne Radwege für die Transition gut aufgestellt sei, daran wurden keine Zweifel geäußert – eine Frage, auf die wir nächste Woche im Detail eingehen werden. Bemerkenswert war, dass bei der stark von der Wirtschaftslogik geprägten Veranstaltung die Arbeitgeberschaft kaum in Erscheinung trat. Hatte die Wirtschaftslobby seinerzeit noch erfolgreich versucht, die Rifkin-Strategie zu vereinnahmen, so mussten zum Abschluss des ECO2050-Projekts Beamte über die Chancen für den Standort referieren. Nach der Arbeitnehmer-hat wohl auch die Arbeitgeberschaft der Zukunftsagenda und dem neuen Wirtschaftsminister den Rücken zugekehrt und bevorzugt ihre eigenen Veranstaltungen, bei denen dann CSV und auch DP politische Partnerinnen sind.

Beim Hinsehen fiel auf, dass, wie bereits im Juni, kein*e DP-Minister*in zugegen war. Beim genauen Hinsehen bemerkte man die politische Nähe zwischen Franz Fayot und Claude Turmes, den Versuch, „die ganze Regierung“ auf eine Nachhaltigkeitslinie festzulegen, aber auch den Seitenhieb des grünen Ministers gegen den wenig nachhaltigen CSV-Slogan der niedrigen Steuern. Doch was wird nach den Wahlen aus ECO2050? Landet der 200-seitige Schlussbericht in der Schublade oder auf einem „Zukunftsdesch“? Lesen kann man ihn hier: luxstrategie.gouvernement.lu/fr/publicationsbis/rapport-vision-eco2050.html

SHORT NEWS

Rundtischgespräch zu queerer Politik

(woxx) – Zum Endspurt LGBTQIA+-Politik: Rosa Lëtzebuerg lädt am Dienstag, dem 3. Oktober ab 19:00 Uhr, zum Rundtischgespräch „LGBTIQ+: Stagnation oder Fortschritt? Wie queer ist der Chamberwahlkampf 2023?“ in die Rotondes in Luxemburg-Stadt ein. Die aktuellen Regierungsparteien, die Opposition und die Newcomer-Partei Fokus sind vertreten. Konkret diskutieren Barbara Agostino (DP), Christian Weis (CSV), David Gawlik (ADR), Jerry Weyer (Piratenpartei), Line Wies (Déi Lénk), Jessie Thill (Déi Gréng), Maxime Miltgen (LSAP) und Yannick Civera (Fokus) mit der Moderatorin Isabel Spigarelli von der woxx und dem Publikum über die Ambitionen ihrer Parteien: Was versprechen sie vor der Wahl? Und was kommt danach? Schwerpunkte sind dabei die Familienpolitik sowie die Unterstützung von trans, intergeschlechtlichen und nicht binären Personen. Wer sich im Vorfeld über die einzelnen Themen informieren möchte, kann unter anderem einen Blick auf den Forderungskatalog von Rosa Lëtzebuerg oder auch des CID Fraen an Gender – beide auf den jeweiligen Websites der Organisationen zu finden – sowie auf die entsprechende Wahlanalyse der woxx (Nr. 1752) werfen. Die Veranstaltung ist auf Luxemburgisch, eine Übersetzung ins Französische oder ins Englische ist verfügbar. Der Eintritt ist frei und eine Anmeldung nicht erforderlich.

Regierung will Antisemitismus bekämpfen

(mes) – Als „Neujahrsvorsatz“ bezeichnete Katharina von Schnurbein letzten Dienstag den neuen „Plan d'action national de lutte contre l'antisémitisme“ (PANAS). Einen Tag nach dem jüdischen Versöhnungsfest Yom Kippur – und ein Jahr nach der Frist, die die EU für Ende 2022 festlegte – stellte die Antisemitismusbeauftragte der EU-Kommission zusammen mit Premierminister Xavier Bettel sieben Maßnahmen zur hiesigen Bekämpfung des Antisemitismus vor. Neben bereits erfolgten Schritten wie der Strafverschärfung für Hassverbrechen und der Unterstützung von jüdischen Kultstätten legt der Plan einige neue Initiativen vor. Beispielsweise soll Opfern von antisemitischen Vorfällen eine spezielle Betreuung angeboten werden, die sie bei der Stellung einer Strafanzeige begleitet. Zudem sollen Beamte*innen, Polizist*innen und Lehrer*innen über Antisemitismus sensibilisiert werden, und ein interministerieller Beauftragter soll den Austausch zwischen den verschiedenen Ministerien erleichtern. Auch im Netz soll Antisemitismus stärker bekämpft werden: Dafür soll in den kommenden Monaten ein neuer Gesetzentwurf im Rahmen des „Digital Services Act“ der EU eingereicht werden. Um der „wichtigen Pflicht, die Erinnerung hochzuhalten“, nachzugehen – so Bettel auf der Pressekonferenz – soll ein jüdisches Museum eröffnet werden. 2020 verzeichnete die „Recherche et information sur l'antisémitisme au Luxembourg“ (RIAL) hierzulande 64 antisemitisch motivierte Vorfälle. Laut von Schnurbein sei besonders beunruhigend, dass Antisemitismus auch häufig in der politischen Mitte der Gesellschaft vorzufinden sei. Momentan arbeitet die Regierung noch an einer Methodologie, um antisemitisch motivierte Straftaten separat zu erfassen, weshalb es noch keine offiziellen Daten hierzu gebe. Luxemburg ist der 13. EU-Mitgliedsstaat, der einen nationalen Aktionsplan als Antwort auf die im Oktober 2021 veröffentlichte EU-Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus (woxx 1653) vorlegt.

Neue Trasse für Umgehungsstraße

(ja) – Für die geplante und umstrittene Umgehungsstraße zwischen Bascharage und Sanem präsentierte Mobilitätsminister François Bausch (Déi Gréng) am 18. September schon wieder eine neue Streckenführung. Erst im März hatte Bausch gemeinsam mit Umweltministerin Joëlle Welfring (Déi Gréng) verkündet, auf eine Tunnelvariante setzen zu wollen (woxx 1726). Nun soll die Straße doch oberirdisch entlang der Zugstrecke geführt und von einem Fahrradweg begleitet werden. Dadurch soll der Bobësch nicht wie in der bisherigen Planung durchschnitten werden. Die Umweltschützer*innen, die sich für den Erhalt des Bobësch eingesetzt hatten, sind dennoch alles andere als zufrieden: In einer gemeinsamen Pressemitteilung bedauerten die Biergerinitativ Gemeng Suessem, Natur an Ëmwelt Suessem und die Régionale Sud des Mouvement écologique, nicht in die Diskussionen eingebunden gewesen zu sein. Trotz Anfrage seien sie nicht zu einer gemeinsamen Sitzung der Gemeinderäte aus Sanem und Bascharage mit dem Mobilitätsminister eingeladen worden. Auch die Waldbesitzer*innen von „Bobi bléift“ sind skeptisch, was die neue Variante angeht: Die Umgehungsstraße führe zu mehr Verkehr und nicht zu Verkehrsberuhigung, kritisieren sie auf Instagram. Sie fordern, die Kapazität des Schienennetzes zu erhöhen und statt der Umgehungsstraße lediglich einen Fahrradweg zu bauen.